



# Lückenschluss A1

**Seit mehr als 30 Jahren wird über den Lückenschluss A1 gesprochen. Wir, die Unterzeichner, sind allen, die in der Vergangenheit dafür gesorgt haben, dass bis zur Anschlussstelle Kelberg gebaut wird, für deren Einsatz sehr dankbar.**

Umso entsetzter sind wir über die Vereinbarung im Koalitionsvertrag der Landesregierung. Dort wird ausgeführt, dass „vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens naturschutzfachliche Planungen mit besonderer Untersuchungstiefe parallel mit einer Nullvariantenuntersuchung durchzuführen sind.“

## 1. Die herausragende Bedeutung der A1 als wichtigste Infrastrukturmaßnahme ist unumstritten.

Die touristische Entwicklung der Eifel lebt auch von der schnellen Erreichbarkeit, die von Norden aus ohne den Lückenschluss für unseren Raum nicht gegeben ist. Daneben ist der fehlende Autobahnanschluss nach Norden ein großer Wettbewerbsnachteil für unsere Gewerbebetriebe. Allein der Gerolsteiner Brunnen liefert rund 80 seiner Waren nach Norden aus. Im Vertrauen auf den versprochenen Lückenschluss haben die Gemeinden im Landkreis Vulkaneifel ihre Gewerbegebiete auf die A1 ausgerichtet und viele Unternehmer Investitionsentscheidungen getroffen.

Die Fertigstellung der A1 reduziert die Verkehrsbelastung der Dörfer und Eifelstraßen sowie des Unfallschwerpunktes B 51 erheblich. Sie bringt somit nicht nur ein Mehr an gewerblicher Infrastruktur, Tourismus, Arbeitsplätzen und Lebensqualität, sondern auch ein Mehr an Umwelt- und Naturschutz mit sich!

## 2. Die Koalitionsvereinbarung wird von uns als reine Verzögerungsmaßnahme angesehen.

Die jetzt angekündigten Untersuchungen sollten schon seit 2003 andauern und mittlerweile abgeschlossen sein, so dass nicht einzusehen ist, warum das 2002 begonnene Planfeststellungsverfahren nicht fortgeführt werden kann. Insbesondere unter Berücksichtigung der bereits getätigten Investitionen (mehr als 100 Millionen Euro, um zur Anschlussstelle Kelberg zu gelangen) halten wir die jetzt getroffene Vereinbarung für unverantwortlich und fordern die Landesregierung und die Bundesregierung auf, endlich Baurecht zu schaffen und sich einzusetzen.



**Wir, die Unterzeichner dieser Aufforderung, haben kein Verständnis für diese Vereinbarung!**

Name	Ort	Unterschrift
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

